



PRESSEMITTEILUNG

Nr. 02/GP

07.01.2014

Zum Wohl der Patienten: Bürokratie abbauen

Der Abbau von Bürokratie im Gesundheitswesen nützt nicht nur den Kliniken und Praxen, sondern kommt auch der medizinischen Versorgung der Patienten zugute. Denn wenn Ärzte und Psychotherapeuten von überflüssigen Verwaltungsaufgaben entlastet werden, haben sie mehr Zeit für die Menschen, die ihre Hilfe benötigen. Dazu haben das Bayerische Staatsministerium für Gesundheit und Pflege (StMGP) und die Kassenärztliche Vereinigung Bayerns (KVB) Ende 2011 eine Anlaufstelle für Bürokratieabbau eingerichtet. Den Abschlussbericht dieser Stelle und einen Überblick der daraus resultierenden Maßnahmen stellten Bayerns Gesundheitsministerin Melanie Huml und die zweite stellvertretende Vorstandsvorsitzende der KVB, Dr. Ilka Enger, heute im Rahmen eines Pressegesprächs in München vor.

"Bürokratie ist ein Zeitfresser. Weniger Bürokratie bedeutet mehr Zeit für die Patienten, deren Sorgen und Bedürfnisse. Im Gesundheitswesen gibt es gerade hier erhebliche Einspar- und Entlastungsmöglichkeiten. Mit der gemeinsamen Anlaufstelle Bürokratieabbau ist Bayern Vorbild für weitere Initiativen auf Bundesebene und in anderen Ländern", freute sich Huml. Im einjährigen Betrieb der Anlaufstelle hatten laut der Gesundheitsministerin rund 250 Personen über 500 Vorschläge zum Bürokratieabbau eingereicht. "Die hohe Resonanz, vor allem von Vertragsärzten und Psychotherapeuten, zeigt, wie wichtig dieses Thema ist. Wir haben aus den Vorschlägen Lösungen für patientenfreundlichere, schlankere und einfachere Vorgaben im Praxisbetrieb entwickelt. Jetzt sind die Verantwortlichen in der Selbstverwaltung und der Bundesgesetzgeber am Zug, diese schnellstmöglich umzusetzen", so Huml. "Im Koalitionsvertrag wurden bereits konkrete Maßnahmen vereinbart. So sollen die heutigen Wirtschaftlichkeitsprüfungen bis Ende 2014 durch regionale Vereinbarungen von Krankenkassen und Kassenärztlicher Selbstverwaltung ersetzt werden."

Die meisten in Bayern eingereichten Vorschläge bezogen sich auf den Prozess der Arznei-, Heil- und Hilfsmittelverordnung. Hier herrscht sowohl bei den Ärzten als auch bei ihren Patienten oft Verunsicherung darüber, was nach den einschlägigen Vorgaben in welcher Menge auf Kosten der gesetzlichen Krankenversicherung verordnet werden kann. "Fakt ist, dass die Ärzte ihren Patienten das verschreiben sollen, was für die Heilung und Gesunderhaltung medizinisch notwendig und zugleich ausreichend, zweckmäßig und wirtschaftlich ist. Für eine Entscheidung, was nach medizinischen Gesichtspunkten für den Patienten wichtig ist, brauchen die Ärzte keine Formularflut. Hier sollte man wieder zu einem System mit gesundem Menschenverstand



zurückkommen", sagte KVB-Vorstandsmitglied Enger. Ihrer Meinung nach zeigten die vielen Eingaben zum Thema Formulare, dass die Überregulierung des Gesundheitswesens dringend zurückgefahren werden müsse. Enger forderte deshalb mehr Vertrauen in Ärzte und Psychotherapeuten, die mit ihrer Arbeit primär das Wohl ihrer Patienten im Blick hätten.

Als eines der Resultate aus der Arbeit der Anlaufstelle wurde mittlerweile eine Formularkommission von Krankenkassen und KVB eingerichtet. Ziel ist es dabei, die Notwendigkeit der Inhalte jedes einzelnen Formulars zu prüfen und – sofern diese sich nicht klar erschließt – die entsprechenden Passagen entweder praxistauglicher zu gestalten oder ganz zu streichen. Zudem konnten beispielsweise mit der Abschaffung der Praxisgebühr sowie einer Vereinfachung des Übertrags von Genehmigungen bei einem Umzug der Arztpraxis weitere Vorschläge in die Realität umgesetzt werden. Bei der KVB wurde mittlerweile eine eigene Beauftragte für den Bürokratieabbau eingesetzt, die sämtliche Aktivitäten sowohl in der KVB als auch die Zusammenarbeit mit dem bayerischen Gesundheitsministerium, den Kassen, und der Bundesebene in diesem Bereich koordiniert.

Der komplette Abschlussbericht der Anlaufstelle für Bürokratieabbau steht online unter der Adresse www.kvb.de/buerokratieabbau zur Verfügung.